Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Anfrage der Abgeordneten Marco Brunotte, Ulrich Watermann, Sabine Tippelt, Karsten Becker und Grant-Hendrik Tonne (SPD), Anja Piel, Julia Willie Hamburg und Helge Limburg (GRÜNE), eingegangen am 02.03.2015

„Aktionsgruppe Weserbergland“ - welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die rechtsextreme freie Kameradschaft?

Am 12.01.2015 waren Aktive der „Aktionsgruppe Weserbergland“ auf der „Hagida“-Kundgebung in Hannover. Von einer Gruppe, in der Mitglieder der „AG Weserbergland“ gemeinsam mit „HoGeSa“-Anhängern und ehemaligen Aktivisten der mittlerweile verbotenen Organisation „Besseres Hannover“ standen, gingen auch körperliche Angriffe auf Journalisten, Fotografen und Kamerateams aus.

Die „AG Weserbergland“ tritt seit mehreren Jahren in Erscheinung. Aktive der Gruppen haben u. a. am sogenannten Trauermarsch in Bad Nenndorf, Störaktionen gegen eine Anti-Acta-Demonstration in Hildesheim, Neonazi-Aufmärschen in Dortmund, Hamburg, Wolfsburg, Wuppertal und Koblenz, NPD-Kundgebungen und 2013 am Aufmarsch in Kirchweyhe teilgenommen. Am 26.10.2014 waren Mitglieder der „Aktionsgruppe Weserbergland“ auch auf der Kundgebung „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in Köln, die in schweren rechtsextremen Krawallen endete.

Die „Aktionsgruppe Weserbergland“ unterhält anscheinend Kontakte zu Mitgliedern der verbotenen Organisation „Besseres Hannover“, und es sollen sich auch Gründungsmitglieder der Vereinigung „Weise Wölfe Terrorcrew - Sektion Hannover“ unter ihnen befinden. Bei Neonazi-Aufmärschen in Nordrhein-Westfalen agierten sie wiederholt als Ordner und waren in Schutzstrukturen für Aufmärsche eingebunden.

Im Internet und in sozialen Netzwerken präsentiert sich die „AG Weserbergland“ als aktive freie Kameradschaft. Bei Neonaziaufmärschen treten die Mitglieder oft mit einem Banner auf: „Solange Ihr uns hasst, machen wir alles richtig.

Unter Kenntnis dieser Umstände fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die „Aktionsgruppe Weserbergland“?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Aktivitäten um die „Aktionsgruppe Weserbergland“?
3. Welche Verbindungen unterhält die „AG Weserbergland“ nach Kenntnis der Landesregierung zu anderen rechtsextremen und neofaschistischen Gruppierungen und Parteien (z. B. nach Nordrhein-Westfalen)?
4. Mit welchen Maßnahmen begegnet die Niedersächsische Landesregierung den Aktivitäten der „Aktionsgruppe Weserbergland“?
5. Gibt es eine Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden anderer Bundesländer zum Umgang mit der „AG Weserbergland“?

(Ausgegeben am 06.03.2015)